Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postscheckkonto: Leipzig, ...en & Comp., Nr. 20615. — Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.75 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 8.25 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 12.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.30 M., Familienanzeigen 1.00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 4.80 M., einschließlich Inseratensteuer. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 40 — Dresden, Mittwoch den 18. Februar 1920 — 31. Jahrg.

Die gefährdete Volksernährung

Das deutsche Volk wandelt an einem Abgrund einher. Kaum ist die eine Gefahr, die sein Leben bedrohte, überwunden, so türmen sich neue Schwierigkeiten auf. Eine furchtbare Gefahr für das deutsche Volk war das Bestreben eines Teils der Bergarbeiter, die Einführung der Sechsstundenschicht zu erzwingen. Darüber sind wir glücklicherweise hinweggekommen. Die Vernunft hat bei den Bergarbeitern gesiegt. Dafür droht uns jetzt die Gefahr, daß unsre Nahrungsmittelzufuhr immer ungenügender wird. Die Brotration hat verkürzt werden müssen und die Teigwarenfabriken haben, wie uns berichtet wird, vielfach den Betrieb einstellen müssen.

Es kann keine Rede davon sein, daß etwa jetzt unsre Getreidevorräte erschöpft sind. Die gegenwärtige Knappheit an Brotgetreide liegt nur daran, daß die Landwirte nicht in genügendem Maße abliefern. Von landwirtschaftlicher Seite wird behauptet, daß es an den schlechten Verkehrsmitteln und vor allen Dingen am Mangel an Druschkohlen liege. Aber es kann auch kein Zweifel darüber sein, daß von einem Teil der Landwirte bewußt Sabotage getrieben wird. Man will durch die Zurückhaltung der Waren hohe Preise und die Aufhebung der Zwangswirtschaft erzwingen. Nun ist die Regierung in der letzten Zeit bereits den Landwirten dadurch entgegengekommen, daß sie Lieferprämien eingeführt hat. Es läßt sich nicht leugnen, daß in dem letzten Jahre die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte nicht mit den übrigen Preissteigerungen Schritt gehalten hatte. Der Landwirt sah, daß er in der Stadt für alle Waren, die er braucht, das Fünf-, Sechs- oder Zehnfache zahlen muß wie früher, ohne daß die Preise seiner Erzeugnisse entsprechend gestiegen wären. Trotz dem Entgegenkommen der Regierung haben sich aber die Getreidezufuhren nicht in erforderlichem Maße gesteigert. Die Landwirte sind offenbar mit den ihnen gemachten Zugeständnissen noch nicht zufrieden. Wahrscheinlich lassen sich auch viele von dem Wunsche leiten lassen, der gegenwärtigen Regierung das Leben schwer zu machen.

Es soll nicht bestritten werden, daß auch die Landwirtschaft schon während des Krieges mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden hatte. Doch haben zweifellos die Landwirte viel weniger unter dem Kriege und seinen Folgen gelitten als die städtische Bevölkerung. Vor allem haben sie nicht, wie ein großer Teil der Industriebevölkerung, hungern müssen. Nur wenige Landwirte werden sich ein Bild davon machen können, wieviel ungeheuer Schweres die städtische Bevölkerung in den letzten Jahren erduldet hat. Man sieht jetzt, daß während des Krieges die Landwirte [illegible] Geschäfte gemacht haben. Ihre Preise sind [illegible] viel schneller gestiegen als die Preise der andern Waren, und die Landwirte hätten wirklich keinen Grund zu solchen Klagen, selbst wenn sie jetzt auch unter den Folgen des Krieges zu leiden hätten. Mit einer Sabotage unsrer Volksernährung aber würden sie ein gefährliches Spiel [illegible].

Die Sabotagelustigen sollen sich nicht einbilden, daß die Industriebevölkerung ruhig bliebe, wenn wirklich die Brotversorgung ins Stocken käme. Unruhen und Streiks wären die notwendigen Folgen. Unsre Industrie würde zum Stillstand kommen und die Folgen bekämen auch die Landwirte zu spüren. Die hungernde Bevölkerung würde zur Selbsthilfe greifen. Scharen würden aufs Land ziehen und den Landwirten mit Gewalt zu nehmen suchen, was diese nicht freiwillig geben. Das Ernährungsproblem könnte gewiß auf diese Weise nicht gelöst und der Hunger der Massen nicht gestillt werden. Aber die Landwirte würden aufs schwerste geschädigt. Nicht nur, daß sie ihre Vorräte ohne Bezahlung verlieren würden, sondern nur zu leicht würde dabei auch vieles nutzlos zerstört, und manchem Landwirt könnte es passieren, daß ihm der rote Hahn aufs Dach flöge. Die Landwirte haben also selbst ein großes Interesse daran, unser Land vor solchen Schäden zu bewahren, die eine Hungersnot im Gefolge haben müßte. Selbstverständlich muß von der Regierung gefordert werden, daß sie mit allen Mitteln gegen widerspenstige Landwirte vorgeht. Wer nicht freiwillig abliefert, dem muß mit Gewalt abgenommen werden, was er abzugeben hat, unter Umständen ohne Entschädigung. Besonders hartnäckigen Saboteuren der Volksernährung sollte ihr Land einfach weggenommen werden. Der Besitz von Grund und Boden darf heute nicht mehr nur als ein Recht angesehen werden, sondern wer Land besitzt, ist auch verpflichtet, dabei mitzuhelfen, unser Volk vor Hunger zu schützen.

Aber auch wenn es uns gelingt, ohne allzu große Not bis zur nächsten Ernte zu kommen, so sind wir noch nicht für immer über den Berg, sondern wir müssen auch in den nächsten Jahren damit rechnen, daß unsre Nahrungsmittelversorgung schwierig bleibt, weil wir in absehbarer Zeit nicht daran denken können, wieder so viel Lebensmittel einzuführen, wie vor dem Kriege. Sollen wir vor allzu großer Not bewahrt bleiben, so muß die landwirtschaftliche Erzeugung in Deutschland möglichst erhöht werden, ein Ziel, das natürlich kaum zu erreichen ist, wenn die Landwirte nicht selbst den guten Willen haben, aus ihren Aeckern so viel als möglich herauszuholen. Vor einiger Zeit ging nun eine Meldung durch die Presse, die besagte, die bayrischen Bauern hätten damit gedroht, sie wollten nur so viel anbauen, als sie für ihren eigenen Bedarf brauchen. Allzuernst darf man solche Drohungen nicht nehmen. Wir haben sie während des Krieges oft genug gehört. Jedem Landwirt muß das Land weggenommen werden, das er ohne zwingenden Grund unbebaut liegen läßt. Dann wird auch den bayrischen Bauern die Lust vergehen, derartige Drohungen mehr zu machen. Aber eine andre, vielleicht noch schwerere Gefahr liegt darin, daß die Landwirte, weil ihnen die Preise für ihre Erzeugnisse nicht genügend erscheinen, ihr Land nicht so bearbeiten und düngen, wie es notwendig ist, um möglichst hohe Erträge zu erzielen. Mit Gewaltmitteln allein kann man die Landwirte nicht zwingen, alles das zu tun, was zur Steigerung der Erträge notwendig ist. Es ist daher unsrer Regierung nichts andres übrig geblieben, als für das nächste Erntejahr der Landwirtschaft bedeutend höhere Preise in Aussicht zu stellen, als bisher. Das ist gewiß für die Masse der deutschen Bevölkerung sehr schmerzlich, aber es ist besser, wir haben teures Brot, als daß wir überhaupt nicht genug zu essen haben.

Die Gefahren, die uns beim Versagen der inländischen Nahrungsmittelversorgung drohen, wären nicht so groß, wenn unsre Valuta nicht so niedrig stände und dadurch die Einfuhr von ausländischen Nahrungsmitteln so gut wie ausgeschlossen wäre. Daß aber unsre Valuta so niedrig steht, hängt neben andern Ursachen auch damit zusammen, daß wir nicht genug Waren nach dem Ausland senden können, trotzdem die Welt nach unsern Erzeugnissen verlangt. Das liegt aber wieder daran, daß unsre Industrie durch Kohlen- und Verkehrsnot gelähmt ist. Viele Betriebe müssen heute feiern oder können nur beschränkt arbeiten, weil es nicht möglich ist, sie genügend mit Kohlen zu beliefern. Ein großer Teil unsrer Ernährungsschwierigkeiten ließe sich beseitigen, wenn wir mehr Kohlen hätten. Deshalb sind die Verhandlungen so wichtig, die jetzt Genosse Bauer im Ruhrrevier mit den Vertretern der Bergarbeiter über die Verlängerung der Arbeitszeit führt. Gewiß heißt es von den Bergarbeitern viel verlangen, wenn von ihnen, die tief unten in der Erde bei den höchsten Temperaturen arbeiten müssen, gefordert wird, auf eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit einzugehen. Aber es gibt keinen andern Weg, um die Kohlenproduktion schnell und genügend zu erhöhen, weil die Zahl der Arbeiter in den Kohlenbezirken wegen Mangels an Wohnungen nicht mehr vermehrt werden kann und gerade für die wichtigsten Arbeiten im Kohlenbergbau gelernte Arbeiter gebraucht werden, deren Zahl sich naturgemäß nur sehr langsam steigern läßt. Von der Einsicht der Bergarbeiter muß erwartet und verlangt werden, daß sie ihre Wünsche und Interessen dem Wohl der Allgemeinheit unterordnen. Es gilt jetzt, das deutsche Volk vor dem Schlimmsten zu bewahren. Mit jeder Tonne, die mehr gefördert wird, wird die Gefahr vermindert, daß unser Volk einer neuen Hungerzeit entgegengeht. Je mehr Kohlen wir haben, je besser unsre Industrie in Gang kommt, um so eher werden auch unsre Regierungen imstande sein, mit allen Versuchen agrarischer Sabotage fertig zu werden.

* * *

Die Ernährungskrise überwunden?

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 18. Februar. Aus dem Reichsernährungsministerium erfahren wir, daß die Ernährungskrise in Deutschland im jetzigen Augenblick als überwunden betrachtet werden darf, da es gelungen ist, den wichtigsten Bedarf für die kommenden Monate sicherzustellen. Es wird zwar eine außerordentlich fühlbare Kartoffelnot eintreten, die zu einer gänzlichen Einstellung der Kartoffellieferung zeitweise führen wird, aber dafür werden bereits jetzt schon Ersatznahrungsmittel zur Verfügung gehalten. In den nächsten Monaten werden außerdem große Lebensmittelvorräte aus Holland bezogen.

Streikablehnung in Leipzig

(Eigene Drahtmeldung)

Leipzig, den 18. Februar. In der gestrigen Generalversammlung der Buchdrucker Leipzigs wurde bekanntgegeben, daß die Urabstimmung in den einzelnen Betrieben 63 Stimmen für und 207 Stimmen gegen den Streik ergeben habe. Der Versammlungsleiter erklärte im Hinblick auf dieses Ergebnis, daß es nicht angängig erscheine, in der Versammlung noch einmal über den Streik abzustimmen und empfahl, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen.

Die Antwort auf Wilsons Adrianote

Eigener Drahtbericht

Mailand, 18. Februar. Die Antwort Frankreichs und Englands auf die Note des Präsidenten Wilson, die am Montag abgehen sollte, ist verschoben worden. Ihre Formulierung bildet gegenwärtig den Gegenstand wichtiger Besprechungen. Millerand und Lloyd George sind diesbezüglich in telephonischer und telegraphischer Verbindung. Wie gemeldet wird, ist die ursprünglich etwas scharfe Form der Antwortnote nachträglich gemildert worden. Der Inhalt bleibt jedoch im wesentlichen der gleiche.

Entspannung

Durch Deutschland geht ein Aufatmen. Die neue Note, in der die Entente auf die Auslieferung verzichtet, bedeutet noch lange keine Erlösung vom Druck der Gegner, wohl aber eine Entspannung. Die Entente behält sich zwar alles Weitere vor, doch zeigt sich, daß die unnachgiebige französische Rachegesinnung für die Schachzüge der Gegner nicht mehr alleinbestimmend ist.

Die deutsche Regierung darf ihren ersten außenpolitischen Erfolg buchen. Eine ungeheure Gefahr ist von Deutschland abgewandt, und die gegenwärtige Regierung ist es, die das geleistet hat, ja sie allein war dazu imstande. Der Entschluß der Entente bedeutet, daß sie gegenwärtig einen Regierungswechsel in Deutschland keinesfalls wünscht; sie will weder Rätediktatur noch Konterrevolution. Für das alte starke Deutschland hätte die Meinung des Auslandes über seine Regierung auch schon nicht gleichgültig sein sollen; für das gegenwärtige geschlagene, ohnmächtige, ganz von den Siegern abhängige Deutschland ist diese Tatsache eine große Beruhigung und zugleich für die gegenwärtige Regierung ein starker Trumpf.

Allmählich wird es sich doch deutlich herausstellen, daß die Politik der Sozialdemokratie während des Krieges und nach dem Zusammenbruch die einzig richtige gewesen ist. In den vier Jahren des großen Völkerringens haben wir uns dagegen gewehrt, daß Deutschland in den Zustand der Ohnmacht versetzt würde, in dem es sich gegenwärtig befindet. Denn wir wußten, daß die Sieger harte Herren sein müßten, daß gegen sie weder Wilson noch die sozialistische Internationale unmittelbar helfen könne. Das ist leider nur allzuwahr geworden.

Nach der vollzogenen Niederlage, nach der Revolution mußte sich Deutschland entscheiden, ob es nun das Rätesystem einführen und Anschluß an Sowjetrußland suchen sollte oder ob es als demokratisch-parlamentarische Republik vor allem auf Frieden mit den siegreichen Westmächten hinzuarbeiten verpflichtet wäre. Unabhängige und Mehrheitssozialisten in der gemeinsamen Regierung sind damals zu dem einstimmigen Schluß gekommen, daß wir vor allem mit England, Frankreich und Amerika Frieden erreichen müßten. Darauf wurde die deutsche Politik eingestellt und mit Ausnahme der Kommunisten hat damals niemand widersprochen. Sogar die Freiheit fand es richtig, daß die Regierung die Vertreter der russischen Räterepublik zum ersten Kongreß der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte an der Grenze zurückließ. Natürlich war es unmöglich, mitten im Laufe der Ereignisse den Kurs der Politik zu ändern, etwa je nach dem Maße in dem die Unabhängigen umlernten. Aber angesichts der unerhörten Härte des Versailler Friedens fanden sich immer mehr offene Ohren für die Lehre, daß es Deutschland viel besser gegangen wäre, wenn es sich im November 1918 entschlossen nach Osten hin orientiert hätte. Diese Theorie ist zwar grundfalsch; denn jede Auflehnung gegen die Siegerstaaten hätte damals den sofortigen Zusammenbruch herbeigeführt; aber sie war verführerisch. Erst wenn uns die Entente durch die Tatsachen selbst gezwungen allmählich entgegenkommt, wird die ruhige Einsicht wieder wachsen, daß die Verständigung mit ihr für das geschlagene Deutschland um jeden Preis oberstes Gebot war.

Auch die Feinde der Unterzeichnung des Versailler Friedens sind durch das jüngste Ereignis ihres Irrtums überführt worden. Bei der Entscheidung darüber, ob wir unterzeichnen sollten oder nicht, war entscheidend die Frage, ob wir nach diesem Akt bedingungslos alle Zumutungen der Entente würden schlucken müssen oder ob wir später eine günstigere Gelegenheit zum Widerstand finden könnten. Heute steht es ganz fest, daß damals die französischen Militärs nur auf das Signal zum Marsch nach Berlin lauerten und daß die Weigerung der Unterschrift sofort verhängnisvoll geworden wäre. Jetzt aber ist die feindliche Koalition längst nicht mehr so marschlustig und fest geschlossen.

Und Lügen gestraft sind wiederum auch die Unabhängigen, die vor jedem lauten Widerspruch gewarnt und gejammert hatten, daß man um einiger hundert Menschen willen das Schicksal Deutschlands aufs Spiel setzte. Genau wie sie damals schon beim ersten Bekanntwerden der Versailler Bedingungen nach Unterzeichnung schrien, genau so wäre ihnen diesmal die schwächlichste Haltung die liebste gewesen. Statt dessen hat sich klar herausgestellt, daß ein fester Widerspruch, auch wenn er sich wie der deutsche nur auf moralische Mittel stützen kann, seine Wirkung nicht verfehlt. Wären uns die Unabhängigen vor dem Feinde nicht in den Rücken gefallen, so wäre schon der Versailler Friede günstiger ausgefallen. Diese Kriecher vor dem Feinde haben dem deutschen Volke ebenso geschadet wie die nationalistischen Bramarbasse.

Aber aus dem Entgegenkommen der Feinde erwächst Deutschland die hohe moralische Pflicht, nunmehr mit größter Schnelligkeit und unbeugsamer Gerechtigkeit alle wahrhaft Schuldigen, alle, die im Krieg grundlos gemordet, gesengt und gestohlen haben, zur Verantwortung zu ziehen. Wir müssen der Welt zeigen, daß dieses neue Deutschland selbst alle Verbrecher ohne Unterschied des Ranges streng zur Verantwortung zieht.

Stimmen

Berlin, 18. Februar. Minister Noske sprach sich gestern in Bremen über die Ententenote dahin aus, daß die Annahme durchaus verfrüht sei, daß wir von allen weiteren ernsten Schwierigkeiten und Repressalien bewahrt bleiben würden. Die Alliierten behielten sich ausdrücklich das Recht vor, die Schuldigen, deren sie habhaft würden, vor ihre eignen Gerichte zu stellen. Deshalb bleibe eine außerordentliche Unsicherheit für jeden Deutschen bestehen, der im Felde war, wenn er künftig eines der alliierten Länder betrete.

Im Vorwärts heißt es: Gewaltige Schwierigkeiten stellen vor der Abwickelung der Prozesse, die das Reichsgericht in Leipzig beschäftigen sollen. Die Zuständigkeitsfrage ist wohl schon durch das von der Nationalversammlung beschlossene Gesetz gelöst. Wie soll es aber mit der Untersuchung und mit der Beweiserhebung gehalten werden? Aber wenn selbst der Tatbestand klar festgestellt werden könnte, so bleibt noch die große Hauptfrage nach der Objektivität der Richter.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200218/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG